

br. fol. 414

PG 29

1135

Die Situation der Frau in der SBZ

Die Rolle der Frau in der Kaderpolitik der SED

Sonderbericht 1967

1135



Mehr als die Hälfte der sowjetzonalen Bevölkerung ist weiblichen Geschlechts: 9 264 586 Frauen (das sind 54,3% der Gesamtbevölkerung) stehen 7 783 347 Männern gegenüber, wie das „Statistische Jahrbuch der DDR“ 1966 ausweist. In einer modernen Industriegesellschaft zentralverwaltunswirtschaftlichen Typs wirft allein diese Tatsache eine Reihe von politischen, sozialen, ökonomischen, bildungspolitischen und kulturellen Fragen auf, die von der politischen Führung zu lösen sind. Der vorliegende Beitrag will sich mit einigen Aspekten dieser Problematik beschäftigen und die Rolle und gegenwärtige Stellung der Frau in der SBZ deutlich machen. Dabei soll nicht historisch-chronologisch vorgegangen werden; vielmehr ist in erster Linie eine Querschnittsbetrachtung unter Beachtung einzelner Schwerpunkte zu geben. Auch kann nicht auf die diversen psychologischen, soziologischen usw. Aspekte eingegangen werden; wir wollen Zahlen und Daten sprechen lassen.

Kaderpolitik wird in diesem unseren Zusammenhang nicht im engeren Sinne als Auswahl, Training und Einsatz von Kadern und Funktionären vorwiegend der Partei verstanden, sondern meint auch die Ziele, Prinzipien, Maßnahmen und die Realisierung einer Politik, die eine „allseitige Einbeziehung der Frau in das System des sozialistischen Aufbaus“ meint und lenkt. Auf einen Vergleich der Ergebnisse mit der Stellung der Frau etwa in der Bundesrepublik soll verzichtet werden, so reizvoll dies auch im einzelnen sein möge.

I. Ziele der Frauenpolitik der SED

1. Ideologische Ableitung

„Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts“, schrieb Karl Marx 1868¹⁾. Das ist keine spezifisch kommunistische Erkenntnis, wohl aber die, daß der Klassenantagonismus historisch mit dem „Antagonismus von Mann und Weib“, die „erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche“ zusammengefallen sei²⁾. Von da her wird

die Gleichberechtigung als besondere Leistung der sozialistischen Gesellschaft vereinnahmt und als Wesensmerkmal kommunistischer Staaten praktiziert und noch eifriger zitiert. Sie ist allerorts Verfassungsgebot und Gegenstand zahlreicher Gesetze, Direktiven, Kommuniqués, Schriften usw.

Dahinter steht mehr als die Absicht, den Fortschritt des Systems am Fortschritt in der Stellung des „schönen Geschlechts“ zu demonstrieren. Die politische Führung erwartet sich Rückwirkungen auf das Bewußtsein der Frauen: die ständige Gleichsetzung von Fortschritt der Gesellschaft und Fortschritt in der Gleichberechtigung soll sie aktivieren, ersteres zu unterstützen, um letzteres genießen zu können. Enthusiastisch verkündete deshalb das berühmte Kommuniqué des Politbüros „Die Frauen – der Frieden und der Sozialismus“:

„Noch nie zuvor hatten Frauen und Mütter in Deutschland solche Möglichkeiten, an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen, wie unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht.“

Gleichzeitig vollzieht der Aufruf den Umkehrschluß, Gleichberechtigung und Mitarbeit der Frauen seien eine Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt:

„Die Gleichberechtigung der Frau, ihre Förderung im beruflichen und gesellschaftlichen Leben heißt die Republik stärken, dem Frieden und dem Sozialismus neue große Kräfte zuführen und eine glückliche, helle Zukunft der Frauen und Mütter sichern“³⁾

2. Ökonomische Ableitung

„Von den Fesseln des kapitalistischen Privateigentums befreit, wird die zum Nutzen und Wohl der Gemeinschaft der Werktätigen betriebene gesellschaftliche Arbeit für die Frau zur Quelle und Garantie wahrer Selbständigkeit und Gleichberechtigung. Es ist ... unrichtig und

gehört zum bürgerlichen Gedankengut, wenn man annehmen wollte, mit dem wachsenden Wohlstand der Bevölkerung erübrige sich allmählich auch die Berufstätigkeit der Frau. Im Sozialismus entstehen Bedingungen, unter denen die Arbeit endlich auch für die Frau in vollem Umfang die Bedeutung als Befreier und Erziehung gewinnt, die sie seit je für die Menschheit als Ganzes gehabt hat"⁴).

Die sowjetzonale Wirtschaft braucht die Arbeitskraft der Frau. Die Bevölkerungsstruktur ist außerordentlich ungünstig, insbesondere durch die Kriegsfolgen und die Millionenflucht vor allem der mittleren und jüngeren Jahrgänge bis 1961. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter hat seit 1950 um rund 2 Millionen abgenommen und beträgt heute 9 924 360 (darunter 5 129 141 Frauen und Mädchen zwischen 15 und 60 Jahren)⁵). Im „Prognosezeitraum“ bis 1980 werden sich die Proportionen nicht verbessern, wird die Überalterung zunehmen. Während 1965 58,2 Personen von 100 der Wohnbevölkerung im arbeitsfähigen Alter waren, werden es 1980 nur 57,1 sein. Der Tiefstand wird für 1970 mit 54,5 errechnet^{5a}). Mit 15,8 Geburten auf 1000 Einwohner (1966) hat die SBZ die viertniedrigste Geburtenrate in der Welt.

Unter diesen Voraussetzungen müssen auch die letzten Arbeitskraftreserven der Frauen freigesetzt werden. Aber das allein genügt noch nicht: die hochindustrialisierte Wirtschaft der SBZ erfordert, soll sie weiterwachsen, eine steigende Arbeitsproduktivität und technischen Fortschritt, also Qualifizierung der Arbeitskräfte im Zuge von Rationalisierung und Automatisierung. Für die Kaderpolitik der SED ergeben sich daraus folgende Einzelziele und -aufgaben:

- a) sie muß propagieren, daß Gleichberechtigung Mitarbeit in der materiellen Produktion bedeutet – eine Funktion der Erziehung sowohl unter den Männern als auch unter den Frauen;
- b) sie muß dafür sorgen, daß Frauen nicht nur „traditionelle“, sondern vor allem technisch-naturwissenschaftliche Berufe ergreifen – ebenfalls eine erzieherische Funktion und eine Aufgabe der Berufslenkung;

- c) sie muß dafür sorgen, daß sich die in der Produktion tätigen Frauen fachlich weiterbilden, sich „qualifizieren“ – eine Funktion des Ausbildungssystems;
- d) sie muß durchsetzen, daß die qualifizierten weiblichen Arbeitskräfte entsprechende leitende und mittlere Positionen einnehmen – eine Aufgabe insbesondere der Überzeugungsarbeit unter den Männern;
- e) sie muß ein möglichst vollständiges Netz von Einrichtungen schaffen und unterhalten, die der berufstätigen Frau die Arbeit ermöglichen und die häusliche Arbeit erleichtern (von Kinderhorten bis zu Gemeinschaftsküchen und Waschsaloons) – eine überwiegend soziale Funktion. Dazu gehört ferner die Technisierung der Einzelhaushalte, und nicht zuletzt der Einfluß auf die Bereitschaft der Männer, im Haushalt mitzuwirken (§ 10 Abs. 1 des Familiengesetzbuches bestimmt: „Beide Ehegatten tragen ihren Anteil bei der Erziehung und Pflege der Kinder und der Führung des Haushalts“).

Hinter dem Ziel, möglichst alle Frauen in den Arbeitsprozeß einzugliedern, stehen nicht nur ökonomische Erwägungen. Für ein zentral durchorganisiertes System, das alle Lebensbereiche durchdringen und kontrollieren will, ist es praktisch, wenn die Mehrzahl der Bevölkerung am Arbeitsplatz erfaßbar ist. Außerdem werden somit – zumindest der Intention nach – die Kinder dem bestimmenden Einfluß der Familie, der Eltern entzogen: sie können als Gruppe in speziellen Einrichtungen (Kindergärten, Ganztageschulen, Pionierclubs, Ferienlagern usw.) erfaßt und beeinflußt werden. Ein interessantes Beispiel für die Verknüpfung von ideologischer und ökonomischer Argumentation liefert uns eine Leserzuschrift im ND:

„Die Mutter und Hausfrau, der die Kinder überwiegend anvertraut sind, erzieht sie so, wie sie es für richtig hält, also vollkommen subjektiv. Ein nicht geringer Teil unserer Eltern ist in der kapitalistischen Denkweise groß geworden, und manch einer hat den Sprung vom Ich zum Wir noch nicht gewagt. Berufstätige Mütter übertragen die Sorge um ihre Kleinen dem Kindergarten oder dem Hort der Schule. Hier sind

die Kinder in der Obhut voll ausgebildeter Erzieher und lernen spielend, sich in die Gemeinschaft einzufügen, was besonders für Einzelkinder notwendig ist. Diese Gemeinschaft formt sie gleichermaßen und bereitet sie auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft vor"6).

3. Die gesellschaftlich-politische Ableitung

In einem Aufruf zum „Internationalen Frauentag“ formulierte Stalin 1925 den politischen Auftrag der Frau und der Frauenpolitik:

„Die werktätigen Frauen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen, bilden eine gewaltige Reserve der Arbeiterklasse. Diese Reserve macht mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Ob diese Frauenreserve für die Arbeiterklasse oder gegen sie sein wird – davon hängt das Schicksal der proletarischen Bewegung, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Revolution, der Sieg oder die Niederlage der proletarischen Staatsmacht ab. Daher besteht die erste Aufgabe des Proletariats und seines Vortrupps, der kommunistischen Partei, darin, einen entschiedenen Kampf zu führen, um die Frauen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen, dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen, die Arbeiterinnen und Bäuerinnen politisch aufzuklären und unter dem Banner des Proletariats zu organisieren"7).

Aufgabe der Kaderpolitik ist es in diesem Zusammenhang, die Frauen zu organisieren, zu schulen, auf den Einsatz in den gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen vorzubereiten; über sie soll u.a. Einfluß auf Familie und Kindererziehung genommen werden. Organisatorische Schwerpunkte dafür sind:

- a) Der „Demokratische Frauenbund Deutschlands“ (DFD). Der DFD (heute 1,3 Mill. Mitglieder; 67,4% davon berufstätige Frauen) wurde 1947 gegründet und dient seit seinem Bestehen als Transmissionsorgan zwischen der SED und der weiblichen Bevölkerung. Ilse Thiele (Jahrgang 1920, Mitglied der Volkskammer und des ZK der SED, seit 1953 Vorsitzende des DFD), präziserte die Aufgaben des Frauenbundes 1962:

„Er ist eine der Massenorganisationen, durch die unsere Partei ihre Politik in breite Schichten der Frauen trägt und durch die sie die Frauen fest mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbindet. Die Partei verwirklicht ihre führende Rolle im DFD durch die Genossinnen, die entsprechend dem Parteistatut für ihre Arbeit der Partei gegenüber verantwortlich sind und deren Aufgabe es ist, die Politik der Partei im DFD durchzusetzen, sie den Frauen zu erklären, die Frauen mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen und sie für den sozialistischen Aufbau zu gewinnen. Im Statut des DFD ist die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse festgelegt“⁸).

Die Arbeit des DFD wurde in der letzten Zeit modifiziert: die „politisch-ideologische Überzeugungsarbeit“ soll sich insbesondere auf die nicht berufstätigen Frauen sowie auf diejenigen konzentrieren, die in Handwerks- bzw. Privatbetrieben tätig sind. Die in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Versorgung sowie auf dem Dienstleistungssektor arbeitenden Frauen sollen hingegen künftig nicht mehr mit Veranstaltungen überfüttert werden; hier hat sich der DFD „wirklich auf solche Gebiete (zu) beschränken, die ihnen bei der Erziehung der Kinder, der Lösung ihrer Probleme in der Familie und der Erleichterung ihres Lebens helfen“⁹). Den sog. „drei Aufgabenbereichen“ der Frauen in der DDR – Beruf, „gesellschaftliche Arbeit“ und familiäre Aufgaben – soll sich der DFD also jetzt mit Schwerpunktbildung widmen.

- b) Die Frauenausschüsse in den Betrieben und LPG. Sie sollen die Frauen politisch-ideologisch erziehen, sie zur Übernahme verantwortlicher Funktionen im Betrieb sowie in der Partei- bzw. Gewerkschaftsarbeit bewegen und Qualifizierungsmaßnahmen propagieren und unterstützen. Ursprünglich sollten sie die Betriebsleitung und die Gewerkschaft kontrollieren; heute sind die Gruppen dem FDGB als Kommissionen unterstellt. Ihr Schwerpunkt liegt wohl in einer allgemeinen Interessenvertretung der Frauen, vor allem hinsichtlich der sozialen Belange. Das Interesse der Frauen an der Mitarbeit in den Frauenausschüssen ist vergleichsweise gering: in den rund 13 500 Ausschüssen sind 96 000 Frauen tätig, viele davon seit der Gründung 1952.

c) Mitarbeit in den Massenorganisationen, den „Volksvertretungen“ und ihren Leitungen. Seit Kriegsende fordert die SED eine verstärkte Repräsentanz der Frauen in den diversen Massenorganisationen (vor allem im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund), den Parlamenten und Leitungen von den Gemeindevertretungen über Kreis- und Bezirksräte bis zur Volkskammer und zum Ministerrat. Dahinter steht neben anderen Erwägungen die eigentümliche – man könnte sagen: numerische – Auffassung der Staatspartei von Demokratie: Je mehr Frauen in diesen Gremien vertreten sind, desto überzeugender scheint ihr der gesellschaftliche Fortschritt besonders in der Frauenfrage nach Innen und Außen dokumentiert. Dem widerspricht durchaus nicht, daß – wie im Vorgriff auf folgendes gesagt werden soll – die zahlenmäßige Vertretung von unten nach oben, von den diskutierenden zu den leitenden Gremien hin deutlich abnimmt. Im Bereich der materiellen Produktion sind die Frauen überrepräsentiert, im politischen Bereich dagegen unterrepräsentiert; das gilt ganz besonders, wie zu zeigen sein wird, für die führenden Organe der SED, des Staats und der Wirtschaft.

II. Kaderpolitische Direktiven der SED im Hinblick auf die Einbeziehung und Förderung der Frau – Forderungen, Widerstände und Erfolge

Die Direktiven der SED und nachgeordneter Organe beinhalten insbesondere Anordnungen

- zur Gewinnung der Frau als Kader- bzw. Arbeitskraftreserve
- zur Ausbildung, Weiterbildung und Förderung der Frau
- zum Einsatz der Frau in bestimmte Positionen und Schwerpunktbereiche
- zur Sicherung der Frauenarbeit durch soziale Maßnahmen und Einrichtungen.

Im folgenden soll versucht werden, die Forderungen mit dem jeweils erreichten Stand auf einzelnen Gebieten zu vergleichen; die objektiven und subjektiven Widerstände gegen die auf die Frauen konzentrierte Kaderpolitik sind für uns vor allem dort von Interesse, wo sie erkennbar zwischen Absichten und der Realität stehen.

1. Frauen in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion

Schwerpunktmäßig seit dem ersten 5-Jahresplan (1951) besteht die allgemeine Forderung, daß die zur Erfüllung der Jahrespläne notwendigen zusätzlichen Arbeitskräfte vor allem aus den Reihen der Frauen kommen müssen. Seit einer Reihe von Jahren wurde diese Forderung dahingehend erweitert, daß die Frauen verstärkt als Facharbeiter in naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen tätig werden sollen.

Die Kreisleitungen der SED sowie die beigeordneten staatlichen und wirtschaftlichen Organe sind verpflichtet, für bestimmte Berufe Mindestanteile für weibliche Lehrlinge festzulegen. Schwerpunkte für die Berufslenkung sind vor allem: Berufe in der Elektrotechnik und Elektronik (Elektromechaniker, Fernmeldemechaniker, Funkmechaniker, Elektroingenieure), in der Chemieindustrie (Chemiefacharbeiter, Plastefacharbeiter, Chemieingenieure), in der Bauwirtschaft (insbesondere Bauingenieure), in der Landwirtschaft (Spezialisten für Saatgut, Rinderhaltung, Schweinehaltung; Agronomen) sowie Ausbildung der Frauen zu Werkzeugmachern, Feinmechanikern, Automateneinrichtern, Facharbeitern für automatische Fertigungssysteme usw.

Heute sind etwa 46,7% der Berufstätigen in der SBZ Frauen; von allen Frauen zwischen 15 und 60 Lebensjahren sind 76% berufstätig¹⁰). Mit diesem Zustand ist die Reserve der weiblichen Arbeitskräfte für die Industrie ausgeschöpft; der Anteil der weiblichen Beschäftigten wird bis 1980 nur um höchstens 2% zunehmen, und dies auch nur in bestimmten Industriezweigen (Schwerpunkte sind die Chemie- und die Elektroindustrie) und auf Kosten anderer Industriezweige.

In der Landwirtschaft sind von etwa 1 Mill. LPG-Mitgliedern über die Hälfte Frauen. Ein Beispiel für den Bezirk Leipzig: „Entsprechend wissenschaftlicher Untersuchungen muß sich dieser Prozentsatz in den nächsten Jahren auf etwa 70 erhöhen, um die notwendige Anzahl männlicher Arbeitskräfte für Aufgaben im Bereich des landwirtschaftlichen Bauwesens und in zwischenbetrieblichen Meliorationseinrichtungen, für das

Bedienen der schweren Technik im Bereich der Feldwirtschaft bzw. im landwirtschaftlichen Transport- und Umschlagwesen freizusetzen¹¹⁾.

Die wichtigste Frage der Kaderpolitik ist daher die Qualifizierung der Frauen, ihre Ausbildung zu Fachkräften. Zwei Gesichtspunkte sind dafür ausschlaggebend: erstens kann der Facharbeiterbedarf in den nächsten Jahren nicht nur aus den Lehrlingen rekrutiert werden, von denen es ebenfalls zu wenige gibt. Zweitens ist es ein Erfordernis der modernen hochindustrialisierten Wirtschaft, daß neue Maschinen, Anlagen usw. erst dann installiert werden können bzw. rentabel sind, wenn die erforderliche Anzahl von qualifizierten Arbeitskräften zur Bedienung der Maschinen und Anlagen vorhanden ist. Das bedeutet natürlich auch die intensive Ausbildung der technischen, naturwissenschaftlichen und mathematischen Kenntnisse. In Parenthese sei erwähnt, daß in der sowjetzonalen einschlägigen Literatur das Problem einer künftigen Polarisierung der Arbeitskräfte, wie sie sich z.B. in den USA abzeichnet, nicht gesehen bzw. nicht veröffentlicht wird. Im Zuge des gegenwärtig zu beobachtenden Rationalisierungs-Fetischismus wird zu wenig berücksichtigt, daß gerade in einer durchrationalisierten Industrie die Zahl der ungelernten bzw. angelernten Arbeiter (für Hilfsprozesse wie Transport usw.) zunimmt, daß eine absolute Rationalisierung und Automatisierung auch unrationell sein kann.

Gegenwärtig sind nur 18% der Facharbeiter in der Industrie Frauen; dabei „muß allerdings noch beachtet werden, daß es sich nur z.T. um Facharbeiter für technische Berufe handelt, daß z.T. die Facharbeiterausbildung nicht der ausgeübten Tätigkeit entspricht“¹²⁾. Diese Zahlen werden bestätigt durch einen Bericht, demzufolge im VEB Carl Zeiss Jena 79% aller Produktionsarbeiterinnen in den Lohngruppen I-IV (für ungelernte und angelernte Arbeiter; insgesamt gibt es 8 Lohngruppen) arbeiten¹³⁾. Entsprechende Zahlen für die Landwirtschaft fehlen; hier dürfte das Verhältnis nicht besser sein. Ein Beispiel: „Im Bezirk Leipzig sind 48 Prozent der Genossenschaftsmitglieder Frauen. Die Genossenschaftsbäuerinnen verrichten aber mehr als zwei Drittel der z. Zt. anfallenden Handarbeit. Selbst bei solchen Maschi-

nen, die günstige Arbeitsbedingungen bieten, wie Lader, Pflegeschlepper usw., erfolgt ihr Einsatz völlig ungenügend¹⁴⁾.

Aus diesen Beispielen und den Intentionen der SED kristallisieren sich folgende Daten und Probleme heraus

- a) die Berufslenkung für Schulabgängerinnen, ohnehin schon seit Jahren auf Schwerpunktbereiche der Industrie und Landwirtschaft gerichtet, kann nur zu einem Teil dazu beitragen, die Zahl der erforderlichen qualifizierten Facharbeiterinnen bereitzustellen. Dafür sind auch subjektive Gründe ausschlaggebend: 1964 wollten in Halle die Mädchen der 10. Klasse folgende Berufe ergreifen: 26 einen künstlerischen Beruf (6 Lehrstellen waren frei), 52 Friseur (25 Lehrstellen), 10 Kosmetikerin (keine Lehrstelle), 54 Berufe in der Metallerzeugung und -verarbeitung sowie Elektriker (179 Lehrstellen)^{14a)}.
- b) Die fachliche Ausbildung und Weiterbildung der weiblichen Berufstätigen und ihr dem Ausbildungsstand entsprechender Einsatz stoßen auf diverse Schwierigkeiten und Widerstände. Dazu gehören u. a.:
- in vielen Betrieben fehlen, wenn man den entsprechenden Klagen und Kritiken Glauben schenken darf, „Qualifizierungsprogramme“ speziell für die Arbeiterinnen. Dazu gehören insbesondere Übersichten über die gesamtbetrieblichen Aufgaben (die „Perspektive“), über die Anzahl der erforderlichen Facharbeiter und Facharbeiterinnen, über die Besetzung der Arbeitsplätze (Arbeitsplatzkataloge) usw.
 - Ein anderes Hindernis für die Qualifizierung wie für die ausbildungsgerechte Beschäftigung besteht darin, „daß in der Vergangenheit viele Arbeitsplätze den Frauen aufgrund ungenügender Produktionskultur bzw. erschwelter Arbeitsbedingungen nicht zugänglich waren“¹⁵⁾.
 - Frauenarbeit setzt ein möglichst umfassendes Netz an Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen voraus. In welchem Umfang diese Einrichtungen vorhanden sind, läßt sich nicht exakt ermitteln; die Tatsache jedoch, daß ständig Verbesserungen und Ausbau gefordert

- werden, läßt darauf schließen, daß das Netz noch alles andere als lückenlos ist. Dazu gehört ferner die Möglichkeit, die Kinder, insbesondere im Vorschulalter, unterzubringen. Auf diesem Gebiet wurde in der SBZ schon Beträchtliches geleistet; allerdings ist das Verhältnis, vergleicht man es mit dem Anteil der berufstätigen Frauen, noch nicht optimal. 1966 wurden 18% der Kinder im Alter bis zu 3 Jahren in Kinderkrippen und Kinderheimen betreut; 57% der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren wurden in Kindergärten betreut¹⁶).
- Von vielen Frauen wird auch heute noch in der SBZ die Berufstätigkeit als Mittel eines zeitweiligen Nebenverdienstes angesehen. Dazu kommt bzw. gehört auch, daß es die verantwortlichen Organe noch nicht im Ganzen verstanden haben, den Frauen eine überzeugende individuelle und kollektive berufliche „Perspektive“ zu vermitteln. Das gilt natürlich fast ausschließlich für die verheirateten Frauen und Mütter. Viele der unverheirateten Frauen und Mädchen sind einem technischen Beruf deswegen abgeneigt, weil sie „ja doch einmal heiraten werden“. Für sie ist eine langwierige spezielle Aus- oder Weiterbildung verlorene Zeit; sie ergreifen lieber die sogen. „typischen“ Frauenberufe. Damit ist der mitteldeutschen Volkswirtschaft und den Plänen der SED nicht ausreichend gedient.
 - Eine erhebliche Rolle spielt auch der aktive und passive Widerstand der Männer gegen die Berufstätigkeit bzw. die Qualifizierung der Frau. Nach einer Untersuchung der soziologischen Abteilung an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg, im März 1965 in einigen Betrieben der Elektrochemie und Plaste waren von befragten ledigen Arbeitern: 15% gegen und lediglich 27% ohne Einschränkung für die Berufstätigkeit ihrer künftigen Ehefrau. Für eine zeitweilige Berufstätigkeit unter Berücksichtigung bestimmter Umstände (z. B. Modernisierung und Komplettierung der Wohnungseinrichtung, Anschaffung hochwertiger Konsumgüter usw.) votierten 58%¹⁷).

In der gleichen Untersuchung wurde festgestellt, welche Haltung die Männer gegenüber der beruflichen Weiterbildung (Qualifizierung) ihrer Ehefrauen bzw. Freundinnen einnehmen:

Tabelle 1¹⁸)

„Einstellung der Männer zur beruflichen Weiterbildung ihrer Ehefrauen bzw. Freundinnen (Prozent)^a)

Antwort	Männer				Frauen		
	(Ehefr. berufstätig)	(Ehefr. nicht berufstätig)	ledig	gesamt	verh.	ledig	gesamt
ja	36,4	31,7	73,6	52,6	27,8	60,6	42,2
ja, auch wenn sich für ihn daraus eine zusätzliche Belastung ergibt	9,1	21,0	11,3	12,1	16,6	4,6	11,4
kommt auf die Umstände an	27,3	21,0	9,4	18,1	22,2	11,6	17,5
nein	24,9	26,3	3,8	15,5	20,4	13,9	17,5
weiß es nicht	2,3	-	1,9	1,7	13,0	9,3	11,4

^a) Die Frauen wurden gefragt, ob ihr Ehemann, Verlobter oder Freund wünscht, daß sie sich beruflich weiterbilden. Diese Frage wurde von 95 Prozent der verheirateten und von 70 Prozent der unverheirateten Frauen beantwortet. Auf die Frage an die Männer, ob sie wünschen, daß ihre Ehefrau, Verlobte oder Freundin sich beruflich weiterbilden, antworteten 98 Prozent der verheirateten, deren Frauen berufstätig sind, 68 Prozent der verheirateten, deren Ehefrauen nichtberufstätig sind, und 93 Prozent der unverheirateten Männer".

Eine wichtige Wurzel des männlichen Widerstands gegen die Frauenarbeit bzw. gegen die Qualifizierung der weiblichen Beschäftigten ist die Fluktuationsquote; diese wird häufig als Argument innerhalb der Betriebe von den Brigadieren und Meistern bis hin zu den Betriebsleitern verwandt. Die Fluktuationsquote ist in der Tat naturgemäß höher als bei den männlichen Beschäftigten; nach einer Untersuchung in einem VEB „kündigten die Frauen in der Altersgruppe zwischen 26 bis 30 Jahren u. a. aus folgenden genannten Gründen: 31,5 Prozent aus familiären Gründen, 26,1 Prozent wegen Geburt eines Kindes oder anderen mit den Kindern zusammenhängenden Gründen, 17,8 Prozent aus gesundheitlichen Gründen¹⁹).

c) Die Arbeitsmotive der berufstätigen Frauen sind überwiegend materieller Art, was auch Auswirkungen auf die Bereitschaft zur Weiterbildung hat. Nach der Untersuchung an der Martin-Luther-Universität ergibt sich folgende Reihenfolge der Motive:

Tabelle 2²⁰)

„Häufigkeit des Auftretens der einzelnen Motive der Frauen für ihre Berufstätigkeit (Prozent)

Motiv	verheiratet	unverheiratet	gesamt ^{a)}
<u>Materielle Motive</u>			
Sicherung der Subsistenzmittel	51,7	85,3	68,8
Anschaffung hochwertiger Industriewaren, Modernisierung und Vervollständigung der Wohnungseinrichtung	70,7	42,7	56,3
Anschaffung modischer Kleidung	12,0	26,3	19,3
Anschaffung bzw. Unterhaltung eines Kraftfahrzeugs	25,9	6,6	16,0
<u>Ideell-moralische Motive</u>			
Bedürfnis nach Kontakt mit anderen Menschen	44,9	52,6	48,7
Bedürfnis nach Berufstätigkeit	46,5	60,7	53,8
Bedürfnis nach beruflicher Weiterbildung	44,9	62,4	53,8

^{a)} Bei den von den Männern genannten Motiven für die Berufstätigkeit ihrer Ehefrau steht die Anschaffung hochwertiger Industriewaren mit 69 Prozent ebenfalls an erster Stelle, danach folgen mit 38 Prozent das Bedürfnis nach Berufstätigkeit, mit 36 Prozent das Bedürfnis nach beruflicher Weiterbildung, mit 29 Prozent die Sicherung der Subsistenzmittel, mit 27 Prozent das Bedürfnis nach Kontakt mit anderen Menschen, mit 24 Prozent die Anschaffung modischer Kleidung und mit 20 Prozent die Anschaffung bzw. Unterhaltung eines Kraftfahrzeuges."

Auf dem Hintergrund dieser Motivreihe werden auch die zahlreichen Forderungen nach Verbesserung der „Produktionskultur“, Verbesserung der „kameradschaftlichen Beziehungen der Werktätigen untereinander sowie zu den Vorgesetzten“, nach „beruflicher Perspektive“

speziell für die Frauen, nach einem Ausbau der Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen für die Kinder im Vorschul- und im schulpflichtigen Alter verständlich. Von diesen Faktoren hängt die Bereitschaft der Frauen zur beruflichen Qualifizierung ebenso ab, wie von ihrer persönlichen Einstellung zur Arbeit; deshalb konzentriert die SED ihre Überzeugungsarbeit gerade auf diese Punkte.

Lotte Ulbricht, die „first Lady“ der DDR, und Inge Lange, Leiterin der Arbeitsgruppe Frauen beim ZK und der Frauenkommission beim Politbüro der SED, haben die in diesem Zusammenhang anstehenden Probleme lapidar wie folgt zusammengefaßt:

„Man wird uns zustimmen, daß in manchen Betrieben, LPG und auch Familien das Leben der Frau schon jetzt um vieles leichter sein könnte, wenn die theoretische Zustimmung zum Prinzip der Gleichberechtigung immer zum entsprechenden Handeln führte. Das schließt ein, daß der Mann mehr bei der Hausarbeit und bei der Erziehung der Kinder zupackt, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben effektiver erleichtert werden und einige Leiter mit größerem Mut und auch etwas mehr Unterstützung an den Einsatz von Frauen in mittleren und leitenden Funktionen herangehen“²¹).

- d) Eine besondere Einrichtung zur Behebung des Arbeitskräftemangels sind die seit etwa 1958 bestehenden „Hausfrauenbrigaden“ in denen mehrere Frauen eines Wohnbereiches oder einer sozialen Gruppe (z. B. Frauen von Offizieren in Garnisonsstädten) zusammengefaßt werden. Sie arbeiten stunden- oder tageweise in Industrie, Landwirtschaft, Handel und in Dienstleistungseinrichtungen und werden dafür tariflich bezahlt. Die Hausfrauenbrigaden starten meist „Feuerwehrraktionen“, werden also insbesondere dort tätig, wo kurzfristige Engpässe und Arbeitskräftemängel auftreten. Eine andere Funktion besteht darin, die in den Brigaden mitarbeitenden Frauen für eine ständige berufliche Tätigkeit zu interessieren und zu gewinnen. Nach den letzten bekanntgewordenen Zahlen (1963) gab es in der SBZ ca. 5 000 Hausfrauenbrigaden²²).

2. Frauen in mittleren und leitenden Funktionen der Wirtschaft

Margarete Müller (Jahrgang 1931, Vorsitzende der LPG Kotelow, Kandidatin des Politbüros und Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB) untergliedert die Frauenpolitik der SED in vier Phasen. Nach 1945 konzentrierte sich die SED darauf, die Frauen überhaupt erst einmal in den Produktionsprozeß einzubeziehen und entsprechende „ideologische Hemmnisse bei den Männern“ zu überwinden. Mit der Verkündung des sozialistischen Aufbaus 1952 „traten solche Aufgaben wie die Ausbildung für den Arbeitsplatz und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen immer stärker in den Vordergrund“. Die Frauenpolitik trat in eine neue Phase mit dem Politbüro-Kommunique 1961; seither galt es, „die Aktivität der Frauen und Mädchen zu fördern“ und „die Gewinnung von Frauen für technische Berufe, für die Ausbildung zu Facharbeiterinnen“ zu forcieren. Heute, im Übergang zu der nicht näher bezeichneten 4. Phase, geht es für die SED darum, „die Reserven an hochqualifizierten weiblichen Kadern zu vergrößern und – darauf aufbauend – den Anteil der Frauen und Mädchen in mittleren und leitenden Funktionen schneller und in größerem Umfang zu erhöhen“²³).

Dafür sind in erster Linie die o. a. wirtschaftlichen Erwägungen ausschlaggebend. Darüber hinaus hat die SED jedoch den Einsatz von Frauen in mittlere und leitende Funktionen der Wirtschaft zu einer Prestigefrage gemacht; er gilt heute als Kriterium für die Gleichberechtigung. Die SED will damit den verantwortlichen Staats-, Partei- und Wirtschaftsorganen deutlich machen, daß es sich nicht nur um eine volkswirtschaftliche, sondern auch um eine politisch-ideologische Frage handelt, die vorrangig zu beachten und durchzusetzen ist.

Die Zahlen über den Anteil der Frauen in leitenden und mittleren Funktionen differieren einigermaßen. Minister Dr. Pfeffer gibt für 1965 an, daß die leitenden Positionen zu 6% und die mittleren zu 15,2% von Frauen besetzt seien (bis 1970 sind 16,5% bzw. 25% gefordert)²⁴). Margarete Müller hingegen spricht für 1965 von einem Stand von 8,7% Frauen in leitenden Positionen der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie (es

handelt sich dabei vor allem um Werkleiter, Kaderleiter, Hauptbuchhalter und technische oder ökonomische Direktoren)²⁵). Sie gibt dazu ein interessantes Beispiel:

„Der VEB Filmfabrik Wolfen z. B. hat 48 weibliche Hochschulkader. 12 von ihnen üben leitende und 19 mittlere Funktionen aus. Von den 96 Fachschulkadern dieses Betriebs arbeiten 10 Kolleginnen in leitenden und 36 in mittleren Funktionen unmittelbar im Werk. 50 Kolleginnen sind jedoch als Lehrerinnen in der Betriebsberufsschule tätig“²⁶).

In der Landwirtschaft ist das Verhältnis offenbar noch ungünstiger als in der Industrie: 1965 waren von 15 092 LPG-Vorsitzenden ganze 146 weiblichen Geschlechts. Immerhin hatten 46 830 der rund 400 000 weiblichen mitarbeitenden LPG-Mitglieder eine abgeschlossene Ausbildung (Hoch- oder Fachschule, Meister- oder Facharbeiterprüfung).

Der Anteil der Frauen in mittleren und leitenden Positionen soll sukzessive dem Anteil der Frauen an der Zahl der Berufstätigen angepaßt werden. Daraus ergeben sich für die Kaderpolitik insbesondere folgende Probleme:

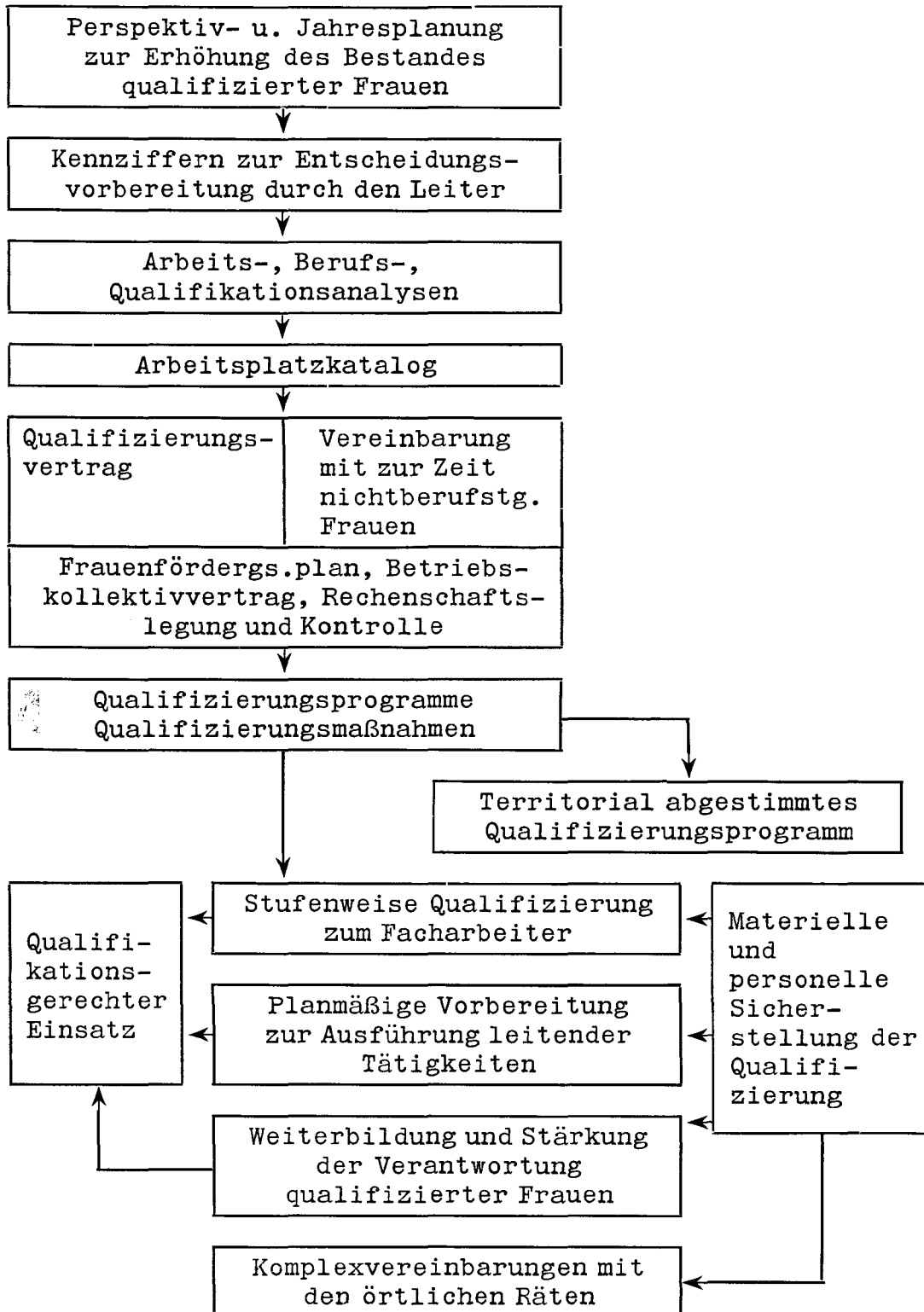
- a) Zunächst sollen die Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen (nicht etwa nur die Kaderleiter) zusammen mit der Betriebsparteileitung eine exakte Bedarfsermittlung durchführen. Im Zusammenhang damit sind der Ausbildungsgang und die künftigen Tätigkeitsmerkmale individuell zu planen. Das soll in die Betriebskollektivverträge und Frauenförderungspläne einfließen. Die für mittlere und leitende Funktionen bzw. für eine dahingehende Ausbildung vorgesehenen Frauen sollen in einer Kadernomenklatur zusammengefaßt und in die Kaderentwicklungsprogramme aufgenommen werden.
- b) Als nächster Schritt sind individuelle Aussprachen mit den Frauen zu führen, die für die Funktionen und die entsprechende Ausbildung gewonnen werden sollen. Dazu gehört der Hinweis auf die private und berufliche „Perspektive“, die Beschreibung der künftigen Tätigkeitsmerkmale, die Planung der erforderlichen Zeit und der not-

wendigen Erleichterungen während der Qualifizierung. Die dafür verantwortliche Betriebs- und Gewerkschaftsleitung hat materielle und ideelle Anreize zu schaffen und zu propagieren. Die entsprechenden Anweisungen sagen außerdem aus, daß die Qualifizierung und Einarbeitung nur während der Arbeitszeit geleistet werden sollen, damit die Frauen außerhalb der Arbeitszeit nicht überlastet werden.

- c) Die dritte Etappe beinhaltet die eigentlichen Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Leitungstätigkeit. Es soll dazu übergegangen werden, daß bei den Betriebs- und Abteilungsleitern Planstellen geschaffen werden, in denen die Frauen die Leitungsmethoden kennenlernen und einzelne Bereiche in selbständiger Verantwortung bearbeiten können. Diese Phase der Einarbeitung leitet über zur Phase
- d) der vollen Übernahme der Leitungstätigkeit bzw. der leitenden Funktion auf mittlerer Ebene (z. B. als Brigadier, Meister, Abteilungsleiter, Ingenieur usw.). Ein seit langem bestehender Beschluß des Ministerrats schreibt außerdem vor, daß freigewordene Positionen auf diesen Ebenen wieder vorrangig mit Frauen zu besetzen sind. Im Idealfall soll das System der Qualifizierung, Vorbereitung und Übernahme leitender und mittlerer Funktionen etwa so aussehen:

Tabelle 3²⁷⁾

Übersicht über ein geschlossenes System von Aufgaben und Maßnahmen zur Durchführung der Aus- und Weiterbildung von Frauen



e) Die aktiven und passiven Widerstände in den Betrieben gegen die Qualifizierung und den entsprechenden Einsatz der Frauen sind, wie die einschlägige Literatur ausweist, erheblich und Objekt einer permanenten Kritik:

- Die Qualifizierung und der ausbildungsgerechte Einsatz der Frauen in der Produktion werden häufig „ressortmäßig“ und „kampagnemäßig“ betrieben. Dieser Vorwurf meint, daß sich überwiegend lediglich die Kaderleitungen und die Frauenausschüsse mit diesem Problem beschäftigen, und daß entsprechende Programme und Maßnahmen sporadisch in Reaktion auf einschlägige Beschlüsse entworfen und durchgeführt werden. Dazu ist anzumerken, daß die für den Arbeitskräfteplan des Betriebes Verantwortlichen häufig nur ungern Frauen freistellen, die während ihrer Qualifikation als vollwertige Arbeitskraft ausfallen und anschließend meist für die bisherige Position nicht mehr verfügbar sind.
- Insbesondere die Leiter, denen die Frauen attachiert bzw. unterstellt werden, argumentieren mit dem „Unsicherheitsfaktor“ und meinen damit den möglichen Ausfall der Frau durch Schwangerschaft, familiäre Probleme usw.
- Die Gleichberechtigungspropaganda hat es offenbar noch nicht vermocht, Vorstellungen auszuräumen, wie die Furcht der Männer, sich von Frauen „etwas sagen zu lassen“, wie Argumente, Frauen könnten nicht „führen“, sich nicht „durchsetzen“ etc.
- Es kommt häufig vor, daß die verantwortlichen Personen oder Institutionen im Betrieb die Frauen entweder durch überhöhte Anforderungen „testen“ oder sie, wie das Beispiel aus der Filmfabrik Wolfen zeigt, in Positionen beschäftigen, die ihrer Ausbildung nicht gemäß sind.
- Es ist denkbar, daß die Verbindung von fachlicher Ausbildung und politischer Erziehung im System der Qualifikation möglicherweise nicht immer dazu angetan ist, die ohnehin überwiegend aus materiellen

Gründen arbeitenden Frauen (siehe oben) zur Weiterbildung, die Zeit und Energie kostet, anzuregen.

- Außerdem gibt es unter den geschilderten Umständen noch keine umfassende Garantie dafür, daß die Frauen nach vollendeter Aus- bzw. Weiterbildung richtig eingesetzt werden. Allerdings wird man hinsichtlich der Bereitschaft, sich auf mittlere und leitende Funktionen vorzubereiten, zu differenzieren haben zwischen verheirateten und unverheirateten Frauen; in der Literatur wird jedoch dieses Problem noch nicht aufgeschlüsselt (einen Anhaltspunkt liefert die Untersuchung nach Tab. 1).

3. Frauen im Hochschulwesen

Von den 108 313 Studierenden an Universitäten und Hochschulen der SBZ (Direktstudium, Fernstudium und Abendstudium) waren 1965 28 134 weiblichen Geschlechts, das sind rund 26 %²⁸). Hingegen beträgt der Anteil der Oberschülerinnen in den letzten beiden Klassen knapp 50%. Eine exakte Aufschlüsselung der Studentinnen nach Fakultäten bzw. Fachrichtungen existiert nicht bzw. ist nicht zugänglich; den höchsten Anteil dürften jedoch die pädagogischen und philologischen Disziplinen sowie die medizinischen Fakultäten haben. Für einige wichtige technisch-naturwissenschaftliche Fachrichtungen liegen aus den Jahren 1965 und 1966 interessante Zahlen vor. Danach erhöhte sich der prozentuale Anteil weiblicher Studenten bei den Immatrikulationen folgendermaßen:

Mathematik von 12,5% (1965) auf 16% (1966)

Regelungstechnik von 5,1% auf 10,0%

Starkstromtechnik von 2,4% auf 5,4%

Theoretische Elektrotechnik von 4,0% auf 14,0%

Ingenieurökonomie von 26,8% auf 38,5%

Hochschule für Verkehrswesen Dresden von 12,9% auf 21,0%

Hochschule für Ökonomie von 43,0% auf 55,0%

Bergakademie Freiberg von 9,9% auf 13,0%

Technische Hochschule für Chemie Leuna-Merseburg von 18,5% auf 26,0%²⁹)

Diese Zahlen sind recht eindrucksvoll und wohl nicht zuletzt auf die gezielte Studienberatung und -lenkung zurückzuführen. Ferner spielt eine Rolle, daß der Anteil der sprachlichen Klassen an den Oberschulen der SBZ in den letzten Jahren wesentlich reduziert und auch in den sprachlichen Klassen die mathematisch-naturwissenschaftliche Ausbildung verbessert wurde. Allerdings haben gerade die Abiturientinnen des B-Zweiges, die im Rahmen des polytechnischen Unterrichts meist technische Berufe erlernt haben, sich oft für nichttechnische Disziplinen bei der Studienwahl entschieden. Schließlich ist die Differenz zu berücksichtigen zwischen Abiturientinnen (nahezu 50% der Schüler) und den Studienbewerberinnen (1964/65 waren das 32,5% der gesamten Studienbewerber); außerdem ist im Ganzen die Anzahl der Bewerber pro Studienplatz ständig zurückgegangen (1964/65 gab es 1,2 Bewerber pro Studienplatz; in den volkswirtschaftlich vordringlichen, also naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen sogar nur 0,6³⁰).

Die SED ist mit dem erreichten Stand noch nicht zufrieden. Im „Perspektivplanzeitraum“ bis 1970 will sie, um nur zwei Beispiele zu nennen, den Anteil von weiblichen Zulassungen in mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen von 29,3% (1963) auf 47,5% steigern, in den technischen Wissenschaften von 4,2% (1963) auf 30,9%³¹).

Für den Anteil der Frauen am Lehrkörper der Hochschulen fehlen ebenfalls exakte Zahlen. An der Karl-Marx-Universität betrug er im Studienjahr 1965/66 genau 3,6%; die Zahl der „weiblichen Nachwuchskader“ nimmt an dieser Universität nach oben hin ab: im Universitätsdurchschnitt sind 29% der Assistenten, 14,2% der Oberassistenten und 10,2% der Wahrnehmungsdozenten Frauen. Bis 1970 soll der Frauenanteil am Lehrkörper von 3,6% auf 10% ansteigen; die Habilitationsquote weiblicher Wissenschaftler an der Karl-Marx-Universität Leipzig ist jedoch in den letzten Jahren gesunken³²).

Die Probleme, die sich aus der Differenz von gegenwärtigen Anforderungen, derzeitigem Stand und mittelfristigen Zielen hinsichtlich der Hochschulbildung der Frauen ergeben, sind in vielem ähnlich gelagert wie in der Wirtschaft. Die Fluktuation aus gesundheitlichen und fami-

liären Gründen ist bei Studentinnen mindestens doppelt so hoch wie bei Studenten. Zwar nimmt der größte Teil der Hochschulabsolventinnen einen entsprechenden Beruf auf; es bleibt jedoch immer noch eine hohe Ziffer von Studentinnen, die entweder vorzeitig ausscheiden oder ihren Beruf nach Abschluß des Studiums aus welchen Gründen auch immer nicht ausüben. Besondere Vorbehalte gibt es anscheinend in der Öffentlichkeit und im akademischen Bereich gegen Studentenehen, obwohl gerade diese ständig zunehmen (aufgrund der Akzeleration; der Verbindung von Studium und produktiver Tätigkeit, die den Anteil an Studenten mit Berufsausbildung und -praxis steigert usw.). Der Frauen- und Mutterschutz, den Arbeiterinnen und andere genießen, blieb offenbar den Studentinnen bisher im wesentlichen vorenthalten; auch die sozialen Einrichtungen, die den Studentinnen trotz Ehe und Kindern das Studium erleichtern, sind vergleichsweise unterentwickelt. Der Entschluß, das Studium bei Heirat zu beenden bzw. nach dem Abschluß auf eine Berufsausübung zu verzichten, mag wohl auch in den „noch bestehenden Erschwernissen, denen weibliche Hochschulkader in ihrem Berufsleben gegenüberstehen“³³) begründet sein.

Zur Behebung all dieser Probleme schlägt Dr. Gertraude Schnelle, Spezialistin für Frauenfragen im Hochschulwesen, einen Minimalplan von Förderungsprinzipien vor:

„1. Die Anleitung und wissenschaftliche Betreuung ist von vornherein und kontinuierlich zu gewährleisten, um den Studienabschluß der Studentinnen termingerecht zu sichern, ihre Leistungen zu steigern und sie besser für verantwortungsvolle Aufgaben vorzubereiten.

2. Das Aufholen von Rückständen – etwa nach Erkrankung oder Schwangerschaft – ist zu planen, zu organisieren und zu kontrollieren, um größere Zeitverluste zu vermeiden, Resignation auszuschließen und die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben als Mutter zu würdigen, so daß Studienzeitverlängerungen und vorzeitige Abgänge weitgehend aufhören.

3. Das individuelle Berufsziel ist rechtzeitig zu klären, um die nötige Zielgerichtetheit und Konzentration in der Arbeit zu erreichen.

4. Die gerechte Anerkennung der Leistungen ist in jeder Beziehung zu gewährleisten, um die wissenschaftlichen Potenzen der Studentinnen voll freizusetzen.

5. Die sozialen Probleme der Studentinnen, insbesondere der Studentinnenmütter, sind vordringlich zu lösen³⁴).

Die Verfasserin läßt keinen Zweifel daran, daß die Durchsetzung dieser Prinzipien insbesondere auch eine Funktion der Erziehung und Überzeugung der Studenten, der akademischen und staatlichen Behörden ist.

4. Frauen in der SED

Der Bereich, in dem die Gleichberechtigung der Frau zahlenmäßig wie in der politischen Praxis und dem tatsächlichen Einfluß nach am wenigsten realisiert ist, ist der der „führenden Kraft“ in der SBZ – in der SED selbst. Während immerhin 45 % der FDGB-Mitglieder und 46 % der FDJ-Mitglieder Frauen sind (und auch etwa anteilig Funktionen in diesen Organisationen wahrnehmen), beträgt der Frauenanteil in der Einheitspartei – nach dem Bericht an den VII. Parteitag 1967 – 26,5 % von insgesamt etwa 1,77 Mill. Mitgliedern und Kandidaten (im Mai 1947 waren es nur 23,9 %)^{34a}). Ob die SED ein bewußt anti-proportionales Denken kultiviert, ob die Frauen in der SBZ unpolitischer, unsozialistischer bzw. weniger parteieintrittsfreudig sind, oder ob die männlichen Genossen die Partei als maskulines Reservat ansehen, sei dahingestellt. Wir werden darüber, solange z. B. die Motive des Parteieintritts nicht quantifizierbar und qualifizierbar sind, keine verbindlichen Aussagen riskieren dürfen.

Seit Bestehen der SED gibt es die stereotype Forderung, mehr Frauen (und Jugendliche) in die diversen Leitungen vor allem der unteren Ebene zu wählen, auf Parteischulen zu delegieren, ihnen ehrenamtliche Positionen anzuvertrauen usw. Insbesondere in den ersten Jahren des Bestehens der SED fehlten diese bzw. ähnliche Anweisungen in keiner Wahldirektive usw. Über den Erfolg, z. B. den Frauenanteil in den Leitungen der 52 508 Grundorganisationen und mehr als 200 Kreise liegen keine Zahlen vor. Von den 90 hauptamtlichen Sekretären der 15 SED-Bezirks-

leitungen allerdings sind, als Ergebnis der Parteiwahlen im Winter 1966/67 und nach Angaben des Informationsbüros West, 3 Frauen: Loni Günter (Sekretär für Agitation und Propaganda der Bezirksleitung Suhl), Edith Brandt (Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur der Bezirksleitung Halle) und Christa Zellmer (Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur der Bezirksleitung Frankfurt/Oder). Erich Honecker stellte dazu auf dem VII. Parteitag fest: „Wir kommen auch nicht umhin, hier kritisch zu sagen, daß der geringe Anteil der Genossinnen in verantwortlichen Wahlfunktionen in unserer Partei nicht der Rolle der Frau entspricht.“ Mehr als allgemeinste Hinweise konnte (oder wollte) aber auch er nicht geben^{34b})

Im 1963 gewählten Zentralkomitee, dem laut Parteistatut höchsten Organ zwischen den Parteitagen saßen von den rund 170 Mitgliedern und Kandidaten (die exakte Zahl differiert etwas aufgrund von Todesfällen, Parteiausschlüssen, Degradierungen usw.) zwanzig Frauen unterschiedlichen politischen Gewichts. Sie wurden 1967 zum größten Teil wiedergewählt. Dazu gehören Minister wie Hilde Benjamin (Justiz), Margot Honecker (Volksbildung) und Dr. Margarete Wittkowski (Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats). Ferner ehemalige, heute ziemlich einflußlose, Kandidatinnen der politischen Führungsspitze, des Politbüros, wie Edith Baumann (Sekretär des Magistrats von Ost-Berlin) und Luise Ermisch (Betriebsleiterin der VEB Bekleidungswerke Mühlhausen). Es fehlen nicht die beiden Frauen, die das Gesicht und die Arbeit der beiden höchsten „Kaderschmieden“ mitgeprägt haben: Prof. Lene Berg, 1951 bis 1963 Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, und Prof. Hanna Wolf, seit 1950 Direktor der Parteihochschule „Karl Marx“. Die Massenorganisationen sind vertreten durch Eva Hempel (Sekretär des Zentralrats der FDJ), Ilse Thiele (1. Vorsitzende des DFD) und Margarete Müller (Kandidatin des Politbüros und Mitglied des Präsidiums des Bundesvorstands des FDGB, außerdem LPG-Vorsitzende). Die Künste sind bzw. waren vertreten durch Prof. Lea Grundig (Grafikerin, Präsidentin des Verbandes Bildender Künstler) und, bis zum VII. Parteitag, die Schriftstellerin Christa Wolf (sie wurde 1967 nicht wiedergewählt). Funktionäre auf Bezirksebene sind

Edith Brandt und Gerda Holzmacher (Vorsitzende der Bezirkspartei-kontrollkommission Gera); den ZK-Apparat repräsentieren Inge Lange und Prof. Marianne Lange (Lehrstuhlleiterin für Literatur und Kulturpolitik an der Parteihochschule). Die „ökonomische Basis“ schließlich ist vertreten durch Renate Credo (Werkleiterin der VEB Fotochemische Werke Berlin-Köpenick), Frieda Sternberg (Vorsitzende der LPG „Ernst Thälmann“ in Bennewitz), Elisabeth Walther (Werkleiterin der VEB Strumpfwerke ESDA); das Ministerium für Gesundheitswesen durch eine Hauptabteilungsleiterin, Käthe Kern.

Unter den Mitgliedern des Politbüros befand sich seit Existenz der SED noch nie eine Frau, wohl dagegen jeweils unter den Kandidaten des PB: Edith Baumann, Luise Ermisch und Elli Schmidt (Ehefrau von Anton Ackermann, Mitunterzeichnerin des Gründungsauftrages der KPD, Leiterin der Frauenarbeit im zentralen Parteiapparat bis 1949 und DFD-Vorsitzende bis zu ihrem politischen Sturz 1953; heute ist sie Leiterin des „Deutschen Mode-Instituts“). Seit 1963 sitzt Margarete Müller als Kandidatin im Politbüro; es darf jedoch vermutet werden, daß ihre Position in erster Linie der Repräsentation ihres Geschlechts in der Führungsspitze der Partei dient. Hingegen fällt auf, daß in der Zentralen Parteikontrollkommission, der die parteiinterne Justiz obliegt, drei Frauen als Mitglieder bzw. Kandidaten vertreten sind: Elli Hempel, Hanni Gläser und Erna Warnke. Die spezifische Aufgabenstellung der ZPKK erlaubt den Schluß, daß diese drei Damen einen erheblichen, wenn auch in aller Stille ausgeübten Einfluß haben. Erinnerung sei dabei an Hertha Geffke, die bis 1958 in der ZPKK arbeitete und die Kommission zur Untersuchung der Verbindungen deutscher kommunistischer Emigranten zu Noel Field leitete. Offensichtlich sind die interne Parteijustiz ebenso wie die höchsten Parteiinternate Tätigkeitsgebiete, die einschlägig interessierten und ausgebildeten Funktionärinnen besonders liegen.

Die Frauen sind in der SED insgesamt und in den Führungsgremien speziell erheblich unterrepräsentiert. Nur wenige Frauen, wie z. B. Hanna Wolf, Hilde Benjamin, Margot Honecker, Margarete Wittkowski oder Inge Lange, haben politisches Profil, einen gewissen Einfluß auf die

politische Willensbildung, tragen selbständige Verantwortung für bestimmte Arbeitsbereiche; andere, die in die gleiche Kategorie gehörten, wurden politisch degradiert bzw. aus Altersgründen abgelöst, wie z. B. Edith Baumann, Elli Schmidt, Hertha Geffke und Lene Berg. Es fällt auf, daß die Bewegung insgesamt seit 1945 rückläufig ist: in der Nachkriegszeit profilierten sich politische Persönlichkeiten wie z. B. Edith Baumann und Elli Schmidt, sie wurden gebraucht und nahmen nicht nur dekorative Funktionen wahr. Heute wird dieser Prozeß nicht mehr gefördert; für die gegenwärtige Politik braucht die SED ganz offensichtlich harte Männer.

Eine Erklärung für den geringen Frauenanteil an der Spitze (Politbüro, ZK-Sekretariat und ZK-Abteilungen) ist schwer zu geben. Sicherlich wird ein Grund dafür die Begrenztheit des Kaderreservoirs sein, was wieder damit zusammenhängt, daß es relativ wenige weibliche Parteimitglieder gibt. Der wichtigste Grund aber dürfte der sein: Spitzenfunktionäre in der Einheitspartei sind Eingeweihte, Politiker mit Machtbewußtsein, Klassenkämpfer mit vergleichsweise einheitlichem Selbstverständnis, mit einheitlicher Sprache. So unterschiedlich ihr Lebensweg auch ist - KPD-Funktionäre mit einschlägigen Fronterfahrungen neben hochschulgebildeten Fachleuten -, es dominiert doch gegenwärtig die Gruppe der machtorientierten, wohl auch ressentimentgeladenen Organisatoren, Apparatschiks, Klassenkampf-Politiker. Außerdem ist es ein beschwerlicher Weg durch die Kaderhierarchie bis hinauf zur Spitze; noch schwieriger ist es, sich oben zu halten, Machtkämpfe, Intrigen, Richtungswechsel zu überstehen, auf die richtige Karte im rechten Moment zu setzen. Möglich, daß nur wenige und „ausgewählte“ Frauen dazu imstande sind und die richtige Mischung von politischem Ehrgeiz und Beziehungen, von Standfestigkeit auf den jeweiligen Stufen der Leiter und Rigorosität, von politischem Können und Machtinstinkt mitbringen und behalten.

Es wäre eine interessante Aufgabe, eine Typologie und Psychologie der Spitzenfunktionärinnen zu schreiben. Dabei würde zu berücksichtigen sein, daß die persönlichen Lebensumstände der Frauen eine entschei-

dende Rolle spielen: Die Frauen an der Spitze bzw. in der ersten Garnitur haben sich entweder durch Heirat abgesichert (Elli Schmidt mit Anton Ackermann, Edith Baumann zeitweilig, d.h. vor Margot Honecker mit Erich Honecker oder sind unverheiratet bzw. verwitwet (wie Lene Berg und Hanna Wolf bzw. Hilde Benjamin); - bei der zweiten Kategorie handelt es sich meist um einigermaßen maskuline Typen.

5. Frauen im Staatsapparat und im Justizwesen

Im zentralen Staatsapparat sind die Frauen sehr unterschiedlich repräsentiert. Das Gremium, das faktisch am wenigsten zu sagen und zu entscheiden hat, hat den höchsten Frauenanteil: von den insgesamt 500 Abgeordneten in der Volkskammer sind 137 Frauen (4. Wahlperiode). Noch eindrucksvoller ist das Verhältnis in den Bezirkstagen: hier sind knapp 32% der Abgeordneten Frauen. Diese Zahlen wären jedoch nur dann recht beachtlich, wenn die „Volksvertretungen“ tatsächlich politische Funktionen wahrnehmen und nicht nur als nach festgelegten Proporz bestellte Gremien, die gelegentlich akklamieren, fungieren würden. Abgesehen davon spiegelt sich jedoch in diesem Frauenanteil ein gewisses Maß an politischer Organisation und Diskussion, auch an Bereitschaft zum politischen Engagement. Selbst wenn die Volksvertretungen nichts anderes sind als eine Einrichtung der Erziehung zum politischen Mitdenken, können dadurch verhältnismäßig viele Frauen in der SBZ als politisch erfaßt und angesprochen gelten.

Unter einem ganz anderen Aspekt ist der Ministerrat zu sehen, der die politischen Grundsatzentscheidungen und Einzelanweisungen der SED-Führung und des Staatsrats in detaillierte Richtlinien umsetzt und deren Durchführung kontrolliert. In diesem Gremium sind lediglich drei Frauen vertreten: Hilde Benjamin, Margot Honecker und Margarete Wittkowski. Dieser Umstand ist sicher nicht überwiegend dadurch zu erklären, daß die politische Führung Frauen aus irgendwelchen prinzipiellen Gründen nicht auf die Ministerebene ziehen wollte. Vielmehr scheint es so, als verfüge die SED heute noch nicht über einen genügend große Anzahl qualifizierter Frauen zur Leitung von Fachministerien

und Behörden. Die drei Damen im Ministerrat jedenfalls haben keine repräsentative Funktion, sondern gelten als ausgewiesene Fachleute.

Im 24-köpfigen Staatsrat der DDR, der als kollektives Staatsoberhaupt fungiert und auf dem Weg über Verkündung von Beschlüssen mit Gesetzeskraft sowie über allgemeinverbindliche Auslegungen der Gesetze materielle Regierungsfunktionen wahrnimmt, sitzen fünf Frauen. Es sind dies: Brunhilde Hanke (Oberbürgermeister von Potsdam), Prof. Dr. Lieselott Herforth (Rektor der Technischen Universität Dresden), die Genossenschaftsbäuerin Else Merke, Anni Neumann (Assistentin des Werkleiters der VEB Schiffswerft „Neptun“ Rostock) und die Chemieingenieurin Christel Pappe. Doch diese Frauen sind nicht nur Dekoration und Demonstration der Frauenpolitik der SED. Sie repräsentieren zum einen, daß Frauen in der SBZ hohe Stellungen im öffentlichen und wissenschaftlichen Leben einnehmen können, wie Brunhilde Hanke und Prof. Herforth, die erste weibliche Magnifizenz in der SBZ. Anni Neumann und Else Merke haben hohe Funktionen in der FDJ bzw. in der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ innegehabt; Anni Neumann war Mitglied des Zentralrats der FDJ und Else Merke ist Mitglied des Präsidiums des Parteivorstands der DBD. Einzig Christel Pappe, Jahrgang 1935, war nicht in hohen Positionen einer Partei oder Massenorganisation tätig; sie steht wohl in erster Linie für ihre Generation.

Wie im Bildungs- und Gesundheitswesen ist der Frauenanteil im Justizwesen vergleichsweise hoch. Zwei Drittel aller an den Bezirks- und Kreisgerichten sowie den staatlichen Notariaten Beschäftigten sind (nach dem Stand vom März 1966) Frauen. In diesen Bereichen beträgt der Frauenanteil bei den Richtern 31,4%, bei den Notaren 28%, bei den Gerichtssekretären 59% und bei den Gerichtsvollziehern 18,5%. Außerordentlich hoch ist auch der Frauenanteil bei den Schöffen; er beträgt hier 42,3%.

Auch im Bereich des Justizwesens nehmen die Anteile nach oben hin ab. 19,1% der Kreisgerichtsdirektoren sind Frauen, hingegen nur noch 15,6% der Direktoren und stellv. Direktoren der Bezirksgerichte³⁵). Hier wird ganz besonders deutlich, daß die Frauen zwar enorme Chancen

haben, sich weiterzubilden, diese aber nicht im entsprechenden Umfang wahrnehmen, bzw. an der Wahrnehmung gehindert werden. Von einer Protokollführerin beispielsweise führt ein denkbar unbürokratischer Ausbildungsweg zum Richter oder Dienststellenleiter, etwa über Fern- oder Abendstudium oder Speziallehrgänge. Aber einerseits sind die Frauen an der „Qualifizierung“ selbst nur teilweise interessiert, andererseits sind die meisten Vorgesetzten darauf bedacht, die ihnen unterstellten Frauen nicht im Zuge der Weiterbildung zu verlieren. Auch im Justizwesen klafft also, wie auch in der Produktion, eine erhebliche Lücke zwischen den Forderungen der Partei und den Ausbildungschancen einerseits und den diversen Widerständen andererseits. Selbstverständlich spielt auch hier, wie auf anderen Tätigkeitsgebieten, eine Rolle, daß die Frauen durch Familie zusätzlich und damit durch Qualifizierungsmaßnahmen doppelt belastet sind. Andererseits fällt jedoch auf, daß nahezu die Hälfte (43%) aller weiblichen Richter unverheiratet ist; das ist überproportional. Das birgt u. a. die Gefahr in sich, daß ein bestimmter Typ von Frauen mit seinen Vorstellungen und Erfahrungen in der Rechtsprechung prädominiert.

III. Zusammenfassung

1. Die mitteldeutsche Gesellschaft und Wirtschaft ist auf einen – wenn man westliche Maßstäbe zugrundelegt – überdurchschnittlichen Einsatz der Frauen angewiesen und angelegt. Dabei geht es nicht bzw. nicht mehr schlechthin um die Gewinnung der Arbeitskraft, sondern vor allem um die Herstellung von Bedingungen, die den Frauen die Übernahme von Positionen in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft ermöglichen. Die Erfolge sind evident: Die Partei hat die Studien- und Berufslenkung intensiviert, zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen und -einrichtungen etabliert und viele Frauen gewonnen, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Aus- und Weiterbildungschancen der Frauen in Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Bildungswesen, Rechtsprechung usw. sind heute größer als die derzeitige Ausnutzung und Auslastung der entsprechenden Institutionen.

2. Insbesondere auf den „mittleren Ebenen“ der jeweiligen Tätigkeitsbereiche kann die Kaderpolitik der SED Erfolge verbuchen, obschon gerade hier die Differenz zwischen Anforderungen und Möglichkeiten einerseits und Wahrnehmung der Chancen andererseits noch erheblich ist. Es ist der Partei gelungen, den Frauen den Weg zur Übernahme mittlerer und leitender Funktionen zu ebnen. Hier erfolgt oft in der Tat der „kühne Einsatz“; das häufig gebrauchte Attribut meint wohl, daß Mut dazu gehört, solche Funktionen zu übernehmen, weil die Bewährung der Frauen im Zeitpunkt der Übernahme der Positione ebenso unwägbar ist wie die Reaktion der männlichen Mitarbeiter. Die Kaderpolitik hat das Verdienst, für die Qualifizierung der Frauen gesorgt zu haben und zu sorgen, sie hat durchgesetzt, daß Frauen auch in untere und mittlere Leitungsebenen eingerückt sind, sofern sie den Anforderungen gerecht zu werden versprechen.

3. Die Situation der Frau in der SBZ ist ferner durch ein Extrem gekennzeichnet: Die Disproportion zwischen dem Frauenanteil an der Bevölkerung und an den Berufstätigen einerseits und der geringen Repräsentanz in den führenden Positionen der Partei, des Staates und der Wirtschaft andererseits. Dabei ist zu differenzieren zwischen beabsichtigter Repräsentation (z. B. in der Volkskammer und im Politbüro) und echtem Einfluß, leistungsgerechter Kooptation in die führenden Stellungen (z. B. im Ministerrat); gemischt sind beide Prinzipien im ZK und im Staatsrat realisiert. Als Gründe für die Disproportion können wir vermuten: einen erheblichen Mangel an weiblichen Kadern; – die unteren und mittleren Ränge werden ja gerade erst besetzt. Ferner einen natürlichen oder politisch bedingten Generationswechsel: von der Garde der „Altkommunistinnen“ sind praktisch nur noch Hilde Benjamin, Hanna Wolf und Lene Berg übrig; die meisten anderen, die die Politik nach 1945 mitgetragen haben, leben im alters- oder politisch bedingten Ruhestand. Der neue, moderne Typ der Frau, die politisch zuverlässig, ehrgeizig, fachlich kompetent und erfahren ist, ist noch zu wenig ausgeprägt. Es wird wohl noch eine ganze Zeit dauern, bis dieser in ausreichender Zahl ausgebildet ist; aber auch dann wird es von der Personalpolitik in den

Führungsgremien abhängen, ob solche Frauen anteilig und leistungsgerecht kooptiert werden.

4. Die erheblichsten Widerstände gegen die Kaderpolitik – sowohl hinsichtlich der Qualifizierung als auch der ausbildungsgemäßen Beschäftigung – leisten die Männer. Das beginnt bei den Ehemännern, die die Berufstätigkeit der Frau als zeitweilige Nebenbeschäftigung ansehen, gilt für die Arbeitskollegen wie für die Vorgesetzten, die die Zuverlässigkeit der Frau bezweifeln (und dafür biologische, psychologische, technische, volkswirtschaftliche usw. Argumente oder auch schlichte Vorurteile anführen), und hört bei Partei-, Gewerkschafts-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären auf, die oft gar nichts tun. Sie unterschätzen, wie es heißt, die „Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, d. h. sie beachten bzw. realisieren die kaderpolitischen Anweisungen der Partei ungenügend. In der Praxis äußert sich das z. B. darin, wie die Literatur immer wieder beklagt, daß Frauen nicht für Lehrgänge geworben und vorgeschlagen werden, daß sie nach Abschluß der Lehrgänge in die alte Stellung abgeschoben werden, daß ihre Tätigkeit besonderem Mißtrauen ausgesetzt ist usw. Die Partei hat noch kein Rezept, diesen passiven Widerstand auf allen Ebenen zu brechen. Sie versucht – neben der Statuierung von Exempeln – heute insbesondere das Selbstbewußtsein der Frauen zu heben, ihren Ehrgeiz zu stimulieren, ihre kollektive und individuelle Perspektive zu propagieren. Sie muß also auch eine zumindest heute noch weit verbreitete Passivität (oder vielleicht auch Resignation) der Frauen auffangen, – die Meinung etwa, daß sich Familie, Beruf und Qualifizierung unter den derzeitigen Umständen nicht so gut vereinbaren ließen. Etwa die Hälfte der verheirateten Frauen – so eine Untersuchung vom März 1965³⁶) – würde ihre Arbeit aufgeben, wenn sie auf andere Weise (z. B. Lottogewinn) zu Geld käme; – das ist gewiß nicht der rechte Nährboden für die ehrgeizigen kaderpolitischen Ziele.

5. Die SED ist mit den Erfolgen noch nicht zufrieden. Sie betreibt daher gegenwärtig eine Umfassungsstrategie mit Einsatz sozialer, agitatorisch-propagandistischer, bildungspolitischer und nicht zu-

letzt wissenschaftlicher Maßnahmen. Sie hat das Frauenproblem wissenschaftlichen Institutionen als Forschungsgegenstand verordnet: nach einem Beschluß des Ministerrats vom 20. 10. 66 soll sich der wissenschaftliche Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften in seiner Forschungsarbeit den „Problemen der Entwicklung und Förderung der Frauen und Mädchen in der DDR“ widmen³⁷). In ihm sind Soziologen, Mediziner, Psychologen, Ökonomen, Juristen, Pädagogen, Philosophen, Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaftspraktiker usw. tätig; sie untersuchen alle einschlägigen Fragen der Stellung der Frau in Wirtschaft, Familie, Studium u. dgl. Nach Akademie-Präsident Prof. Hartke, der gleichzeitig Vorsitzender des Beirats ist, haben die „ideellen Fragen den Primat“. Indem die SED den Problemen das Siegel des ideologisch Wichtigen und Richtigen aufdrückt, unterstreicht sie ihre Entschlossenheit, sie zu lösen:

„Insbesondere ist auch zu untersuchen, wie sich die Einstellung und Haltung der Menschen zur Rolle der Frau in Gesellschaft und Familie unter den Bedingungen des umfassenden sozialistischen Aufbaus und der technischen Revolution verändert. Die zur weiteren Entwicklung der Frau in der täglichen Praxis – der Gesellschaft und jeder Familie – notwendigen Überlegungen, Maßnahmen und Verhaltensweisen können dann am ehesten erwartet werden, wenn die richtige Einstellung zur gesellschaftlichen Rolle der Frau im Sozialismus vorhanden ist. Die Herausbildung der richtigen Einstellung ist Bestandteil der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins“³⁸).

6. Offen bleibt die Frage, wie die SED eines der gravierendsten Probleme zu lösen gedenkt und versteht: die Geburtenrate in Mitteldeutschland ist extrem niedrig, trotz erheblicher politischer und sozialer Leistungen gerade an die Mütter (14-wöchiger Schwangerschafts- und Wochenurlaub bei Weiterzahlung des Nettoverdienstes; staatliche Kinderzuschläge; Geburtenbeihilfen zwischen 500 und 1000 MDN; kostenlose Entbindung u. a. m.). Andererseits ist es zumindest zweifelhaft, ob der umfassende Einsatz der Frau in der Volkswirtschaft und den Qualifizie-

runssystemen sehr „familienfreundlich“ ist. Die mitteldeutsche Gesellschaft und Wirtschaft braucht heute und künftighin die berufstätige Frau, sie braucht aber auch, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft, mehr Kinder. Es wird abzuwarten sein, ob und wie die SED dieses Problem löst; - mit sozialistischem Bewußtsein allein wird es wohl schwerlich gelingen.

Anhang I

Tabelle 4³⁹⁾

Die Berufstätigkeit der Frau in den einzelnen Bereichen der Volkswirtschaft

Volkswirtsch.ber.	1952		1965	
	Weibl. Berufstätige (ohne Lehrlinge)		Weibl. Berufstätige (ohne Lehrlinge)	
	Zahl	Prozentualer Anteil a. d. Berufstätigen insgesamt	Zahl	Prozentualer Anteil a. d. Berufstätigen insgesamt
Volkswirtschaft insgesamt	3 103 834	42,7	3 580 776	46,7
Industrie	874 999	36,8	1 106 189	40,3
Bauwirtschaft	53 306	12,6	44 799	10,1
Produz. Handw. (ohne Bauhandw.)	169 288	33,0	149 440	38,0
Land-, Forst- u. Wasserwirtsch.	843 314	50,6	570 230	45,7
Verkehr	72 494	18,3	102 849	24,6
Post- u. Fern- meldewesen	59 830	51,6	87 010	65,0
Handel	439 606	56,4	597 442	67,2
Bereiche außer- halb d. materiel- len Produktion	590 997	58,9	922 817	65,8

Tabelle 5³⁹)

Verteilung der weiblichen Beschäftigten auf die einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft

	1952	1965
Industrie	28,2 Prozent	30,9 Prozent
Bauwirtschaft	1,7 Prozent	1,2 Prozent
Produz. Handwerk (ohne Bauhandwerk)	5,5 Prozent	4,2 Prozent
Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	27,2 Prozent	15,9 Prozent
Verkehr	2,3 Prozent	2,9 Prozent
Post- und Fernmeldewesen	1,9 Prozent	2,4 Prozent
Handel	14,2 Prozent	16,7 Prozent
Bereiche außerhalb der materiellen Produktion	19,0 Prozent	25,8 Prozent

Bemerkungen zu Tab. 4 und 5:

Nahezu die Hälfte der weiblichen Beschäftigten ist in Volkswirtschaftlichen Bereichen tätig, in denen der Anteil „traditioneller“ Frauenberufe besonders hoch ist (Post- und Fernmeldewesen, Handel, Bereiche außerhalb der materiellen Produktion, d. h. vor allem Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen). Die Zunahme in letzterem Bereich ist absolut größer als in der Industrie; die Bereiche mit „traditionellen“ Frauenberufen haben einen höheren Zuwachs. Die Anzahl der weiblichen Beschäftigten in der Bauwirtschaft und in der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft ist absolut und relativ zurückgegangen.

Anhang II⁴⁰)

„Es ist ein Ausdruck des humanistischen Wesens der Arbeiterklasse, daß sie den gesamten Mechanismus ihrer Herrschaft dazu benutzt, das Prinzip der Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen.

Hauptinstrument ist dabei der von der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse – der SED – geführte sozialistische Staat. Den Staats- und Wirtschaftsorganen und den Staats- und Wirtschaftsfunktionären

obliegen eine Fülle von Pflichten, die in unseren gesetzlichen Bestimmungen verankert sind. Es handelt sich z.B. um

- die Pflicht der Leiter der Staats- und Wirtschaftsorgane, der VVB, der Betriebe, Institute und staatlichen Einrichtungen, in ihrem Wirkungsbereich für die Entwicklung aller Werktätigen – also auch für die der Mädchen und Frauen – Sorge zu tragen, ihnen die neuen Probleme überzeugend darzulegen und ihre breite und tatkräftige Mitarbeit am umfassenden Aufbau des Sozialismus zu organisieren (vgl. z.B. Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1966, Präambel; Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft Abschnitt I; Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. Januar 1966 über die Weiterentwicklung und Vereinfachung der staatlichen Führungstätigkeit in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung);
- ihre Pflicht, die berufliche Aus- und Weiterbildung der Mädchen und Frauen entsprechend den Anforderungen des weiteren sozialistischen Aufbaus so zu planen und durchzuführen, daß die im Volkswirtschaftsplan vorgesehene Erhöhung des Anteils der weiblichen Facharbeiter, mittleren und leitenden Kader erreicht wird (vgl. z.B. Gesetzbuch der Arbeit, §§ 61 ff. und §§ 123 ff; Bildungsgesetz, z.B. § 36; Jugendgesetz, z.B. §§ 10 ff.; Anordnung über die Aus- und Weiterbildung der Frauen. . .);
- ihre Pflicht zu Gestaltung gesunder und erleichterter Arbeitsbedingungen für werktätige Frauen und weibliche Jugendliche und zur Sicherung, daß bei der sozialistischen Rekonstruktion, bei der Errichtung neuer Objekte, Anlagen und Maschinen immer mehr Tätigkeiten und Arbeitsplätze den physischen und physiologischen Eigenheiten der Frau entsprechen (vgl. z.B. Gesetzbuch der Arbeit, § 124; Dritte Durchführungsbestimmung zu Arbeitsschutzverordnung – Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen – vom 14. Dezember 1964);
- ihre Pflicht, die Unterbringung, Pflege und Erziehung der Kinder der werktätigen Frauen in Übereinstimmung mit der Entwicklung der sozialistischen Produktion sowie des gesamten gesellschaftlichen und kulturellen Lebens ständig zu verbessern und zu erweitern (vgl. z.B. Gesetzbuch der Arbeit, § 124, Absatz 2; Bildungsgesetz, § 10 ff.; Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1966 Ziffer 10)."

- ²⁰) Karl Spiegelberg ..., S. 1150.
- ²¹) ND vom 22. 12. 66.
- ²²) Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Ost-Berlin 1964, S. 148.
- ²³) Margarete Müller, Den Einsatz von Frauen in mittleren und leitenden Funktionen fördern, Die Arbeit 12/66, S. 26.
- ²⁴) Der Sozialismus schafft alle Möglichkeiten für die Qualifizierung der Frauen und Mädchen, Die Arbeit 3/67, S. 16.
- ²⁵) Margarete Müller ..., S. 26 f. 1965 waren in der zentralgeleiteten Industrie z. B. 409 Frauen als Kaderleiter, 171 als Hauptbuchhalter und 150 als ökonomische Direktoren tätig; es gab 34 weibliche Werk- bzw. technische Direktoren und 28 weibliche kaufmännische Leiter.
- ²⁶) Margarete Müller ..., S. 28.
- ²⁷) Arnold Knauer ..., ebenda.
- ²⁸) Statistisches Jahrbuch ..., S. 474.
- ²⁹) Gertraude Schnelle, Zu den Ergebnissen der Frauenkonferenzen im Hochschulwesen, Das Hochschulwesen 2/67, S. 101.
- ³⁰) Gertraude Schnelle, Für konsequente Weiterentwicklung des Frauenstudiums, Das Hochschulwesen 10/64, S. 669.
- ³¹) Gertraude Schnelle, Zum dialektischen Prozeß der Förderung und Erziehung der Studentinnen, Das Hochschulwesen 12/66, S. 833.
- ³²) Gertraude Schnelle ..., Das Hochschulwesen 2/67, S. 103 ff.
- ³³) Gertraude Schnelle ..., Das Hochschulwesen 12/66, S. 840.
- ³⁴) Gertraude Schnelle ..., a.a.o., S. 836 f.
- ^{34a}) ND vom 17. 4. 67.
- ^{34b}) ND vom 21. 4. 67.
- ³⁵) Rudolf Baumgart, Entwicklung und Förderung der Frauen in der Justiz, Neue Justiz 6/66, S. 167 f.
- ³⁶) Karl Spiegelberg ..., S. 1144.
- ³⁷) Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 121 (7. 11. 66).
- ³⁸) Anita Grandke ..., S. 62.
- ³⁹) Statistisches Jahrbuch ..., S. 64 f.; Inge Hieblinger ..., S. 88.
- ⁴⁰) Inge Hieblinger ..., S. 59 f.